



## **Änderungsantrag**

der Fraktion der PIRATEN

**Für eine solidarische Flüchtlings- und Asylpolitik in Schleswig-Holstein, Deutschland und Europa – Asylgesetzgebungen anpassen"**

**zum Antrag der CDU „Flüchtlings- und Asylpolitik den aktuellen Bedürfnissen anpassen“ (Drucksache 18/2382)**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- sich auf Bundesebene für die Einrichtung von Europabotschaften als gemeinsame europäische Vertretungen in Krisenregionen einzusetzen, in denen exterritorial Asyl beantragt werden kann, und somit der Schleuserkriminalität entgegenzutreten;
- sich gegen einen Ausbau des Grenzüberwachungssystems EUROSUR auszusprechen, da eine lückenlose Kontrolle der europäischen Außengrenzen nicht dem Schutz der Flüchtlinge dient, sondern Zuwanderungen von bedrängten, verfolgten und Not leidenden Menschen durch ein abdrängen auf noch gefährlichere Routen und zu Gunsten von Schleusern verhindert;
- sich auf Bundesebene gegen die Fortsetzung einer militarisierten Flüchtlingsbekämpfung in Europa und für die Abschaffung der

Grenzschutzagentur FRONTEX einzusetzen. Parallel wird sie gebeten, konsensfähige Alternativen für die Rettung, beispielsweise von in Seenot geratenen Flüchtlingen, zu sondieren und diese im parlamentarischen Dialog auf den Weg zu bringen;

- im Bundesrat auf die Einhaltung der geltenden Seerechtskonventionen sowie Einsätze zur Rettung von Menschenleben auf See hinzuweisen, anderslautenden Gesetzgebungen innerhalb Europas entgegenzutreten und eine entsprechende Gesetzesinitiative auf den Weg zu bringen;
- sich auf der Ebene des Bundes dafür einzusetzen, das Asylbewerberleistungsgesetz - in seiner jetzigen Form -, die in Deutschland geltende und in Europa einzigartige Residenzpflicht sowie die Abschiebungshaft abzuschaffen;
- auf bundes- und europapolitischer Ebene für die Abschaffung der Dublin-Verordnung einzutreten, die sich in der Praxis im Umgang mit Schutzsuchenden als ineffektiv, ungerecht und menschenrechtswidrig erwiesen hat;
- die Kommunen bei den an sie gestellten Herausforderungen und Bemühungen um Flüchtlinge und Asylsuchende sowie im Rahmen einer ausgedehnten europäischen Freizügigkeit stärker zu unterstützen und so die Möglichkeit zu schaffen, eine gelebte Willkommenskultur zu etablieren. Insbesondere soll sie die Asyl- und Migrationssozialarbeit, die Beratung, die Schaffung von geeignetem Wohnraum und das ehrenamtliche Engagement von Bürgerinnen und Bürgern – nicht nur in der Nachbarschaft von Einrichtungen – verstärkt unterstützen;
- ein Konzept zu erarbeiten, um minderjährige und jugendliche Flüchtlinge und Asylbewerber frühzeitig in den Schulalltag zu integrieren oder sie, in Anbetracht des Fachkräftemangels, auf eine Ausbildungs- und Berufstätigkeit adäquat vorzubereiten. Hierfür ist insbesondere erforderlich, dass möglichst

schnell nach dem Eintreffen in Deutschland mit der Vermittlung von Grundkenntnissen der deutschen Sprache begonnen wird, wofür ausreichend Lehrkräfte zur Verfügung stehen müssen. Gleichzeitig muss sichergestellt sein, dass Lehrkräfte auf den Umgang mit minderjährigen und jugendlichen Flüchtlingen und Asylbewerbern, mit ihrer Situation und mit ihren spezifischen Problemen (beispielsweise Kriegstraumata) stärker vorbereitet werden;

- sich dafür einzusetzen - und auch eigene Mittel bereitzustellen -, um das Ende 2014 auslaufende und bisher von der EU finanzierte Projekt für traumatisierte Flüchtlinge fortzuführen;
- die institutionellen Mittel des Vereins lifeline e. V., dem Vormundschaftsverein im Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein, aufzustocken, um die Fortsetzung der Arbeit mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, unter anderem durch Vermittlung von Vormundschaften, auch in der Zukunft sicherzustellen;
- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass das Personal beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zusätzlich zu den bereits beschlossenen Erhöhungen weiter aufgestockt wird;
- proaktiv in enger Abstimmung mit den zuständigen Gemeinden weitere Erstaufnahmeeinrichtungen in Schleswig-Holstein zu planen und die Kommunen bei der Unterbringung der Flüchtlinge und Asylbewerber vor Ort wirksam zu unterstützen.
- wie auch in den Vorjahren durch den ehemaligen Innenminister Andreas Breitner in Form eines 'Wintermoratoriums' diesen Winter, mindestens bis zum 1. April 2015, keine Angehörigen ethnischer Minderheiten in die Staaten Serbien, Mazedonien, Kosovo, Montenegro, Bosnien-Herzegowina und Albanien abzuschicken. Gerade in der kalten Jahreszeit könnte eine Abschiebung dazu führen, dass insbesondere schutzbedürftige Menschen nicht ausreichend versorgt würden und eine Rückführung in Würde und Sicherheit somit nicht gewährleistet wäre.

Angelika Beer, MdL

Torge Schmidt, MdL  
und Fraktion